

Einkommensverteilung

Autor(en): **Schelker, Markus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **49 (1970)**

Heft 4

PDF erstellt am: **16.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338238>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

mehr. Man spricht miteinander. Warum haben alle plötzlich Angst?

In der nüchternen zeitgeschichtlichen Reihe Englands «Survey of International Affairs» erschien in einem Kriegsjahr das Gedicht eines später geadelten Engländers. «We have no trouble with the German nation. They are fond of music, poetry and beer. But . . . with tiresome iteration they choose a fool to govern them and cheer . . .» Eine Parodie auf das Preussentum, dessen Nichtexistenz 1947 durch ein Kontrollratsgesetz beseitigt wurde. Die Angst vor den Deutschen schlechthin, die so plötzlich nach Erfurt wieder aufkeimte, widmet sich dem falschen Objekt. Nicht Willy Brandt und seine Ideen sind es, denn er ist der richtige Mann zur richtigen Stunde, sondern der sich formierende Konservatismus in der Bundesrepublik, dem das Ausland seine Aufmerksamkeit widmen sollte.

«Was kommt rechts von der NPD?» lautet ein Witz in Bonn. Die Antwort: «Strauss». Ein Mann, der von der «Nationalzeitung» auf der Titelseite als Deutschlands Rettung angepriesen wurde. Und eine Blüte, die auf dem Sumpf der falschen Nationalgefühle herumtreibt, ist die Aktion Oder-Neisse. Keine Adresse, nur Postfach in Darmstadt, die sogar Mao zitiert, um die deutschen Gebietsansprüche zu zementieren. Und für alle, die Deutschlands Ostgebiete nicht besiedeln wollen, regt sie an, in diesen Territorien, fern von den ungesunden Abgasen deutscher Ballungszentren, frische Luft zu atmen . . . In diese frische Luft sollte das Ausland hineinschnuppern, das sich Morgenthausehen Ideen nach so vielen Jahren anzuschliessen scheint.

Markus Schelker

Einkommensverteilung¹

Das Problem der Einkommensverteilung ist im Grunde genommen schon so alt wie die menschliche Gesellschaft. Seitdem die Menschen begonnen haben, innerhalb von grösseren sozialen Verbänden sesshaft zu leben, stellt sich die Frage, wie die Früchte des Wirtschaftens auf jene zu verteilen seien, die an ihrem Entstehen beteiligt gewesen sind.

In den vorwiegend agrarisch-gewerblich gelagerten Gesellschaftsstrukturen, wie sie bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts anzutreffen waren, bestimmte sich das Einkommen der unselbständig Erwerbenden meist nach festgefügteten Zukunftregeln. Ein Industrieproletariat gab es noch nicht, wohl aber eine grosse Zahl von Landarbeitern. Moralische Wertungen, ethisch geprägte Gerechtigkeitsvorstellungen prägten das Bild der Wirtschaft jener Jahrhunderte. Der vom Kirchenvater Augustinus entwickelte

¹ vgl. «Profil» 10, 11, 12/1969, 1 und 3/1970

Begriff des «justum pretium», des gerechten Preises der Arbeit, bestimmte die Lohnpolitik. Dieses Prinzip besagte, dass jedermann für seine Arbeit einen Lohn erhalten sollte, der ihm und seiner Familie ein standesgemässes Einkommen sichern müsse. Freilich verhinderte dieses Prinzip nicht, dass es schon damals soziale Missstände grossen Ausmasses gab – vor allem in der Landwirtschaft. Die Bauernaufstände des Dreissigjährigen Krieges sprechen in diesem Zusammenhang eine deutliche Sprache.

Verteilungstheorien in modernem Sinne, die nach den Ursachen der Verteilung des Sozialproduktes auf die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Grund und Boden fragten, sind erst im Zuge der industriellen Revolution und damit im Zeitalter der sogenannten klassischen Nationalökonomie entstanden.

Die Verteilungstheorie der Klassiker

gründete sich auf zwei Pfeiler: die Existenzminimumtheorie des Lohnes und die Grundrententheorie.

«Der natürliche Preis der Arbeit ist nach Ricardo jener Preis, welcher nötig ist, die Arbeiter in den Stand zu setzen, . . . sich zu erhalten und ihre Gesellschaft fortzupflanzen, ohne Vermehrung und ohne Verminderung.»¹

Steigt der Preis der Arbeit, also der Lohn, über diesen natürlichen Preis, so werden sich die Arbeiter schneller vermehren, und es entsteht langfristig ein Überangebot an Arbeitskräften, welches den Lohnsatz unter den natürlichen Preis drückt und die Geburtenrate der Arbeiterbevölkerung stark drosselt. Diesem Sachverhalt hat Ferdinand Lassalle den berühmt gewordenen Namen «ehernes Lohngesetz» verliehen. Es besagt, dass auf dem Arbeitsmarkt nur dann langfristig ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herrschen könne, wenn der Lohn gerade das Existenzminimum decke. Deshalb wird die Arbeitswertlehre der Klassiker auch Existenzminimumtheorie genannt.

Die Grundrententheorie fusst auf der Annahme, dass das Bevölkerungswachstum die Nachfrage nach Lebensmitteln und damit nach agrarischen Gütern ansteigen lässt. Deshalb müssen immer schlechtere Böden bearbeitet werden, wodurch die Produktionskosten – z. B. pro Tonne Getreide – ansteigen. Die Getreidepreise richten sich nach den Kosten des schlechtesten noch bearbeitenden Bodens (Grenzkostentheorie). Die Besitzer besserer Böden erzielen – dank der geringeren Produktionskosten – eine sogenannte Grundrente. Ricardo versuchte nachzuweisen, dass die Grundrente tendenziell steige. Auch die Nominallohne nehmen in seinem Modell zu, da die immer höher werdenden Lebensmittelpreise dies erfordern, damit die Einkommen nicht unter das Existenzminimum absinken. Steigende Löhne und steigende Grundrenten bei fallenden Preisen für Industriegüter haben zur Folge, dass die dritte Einkommenskomponente, nämlich die Profite auf dem investierten Kapital, relativ zurückgeht. Ricardo spricht in diesem Zusammenhang von einem tendenziellen Fallen der Profitrate. Gerade dieser

Aspekt der Ricardianischen Theorie hat auf das ökonomische Denken von Marx einen entscheidenden Einfluss ausgeübt.

Die natürlichen Wachstumsfaktoren und der technische Fortschritt haben dazu geführt, dass in allen Industrienationen das Sozialprodukt rascher zugenommen hat als die Bevölkerung, was eine gewaltige Steigerung des Lebensstandards ermöglichte. Entgegen den Annahmen von Ricardo sind die Profite nicht gestiegen, als dies durch den Preisanstieg der Lebensmittel existenziell notwendig gewesen wäre.

Die Klassiker haben die Wirtschaft vor allem unter dem Gesichtspunkt des Produzierens und des Investierens analysiert und dabei dem Konsum von Gütern und Dienstleistungen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Karl Marx und die Einkommensverteilung

Das nationalökonomische Werk von Karl Marx ist im Grunde genommen nichts anderes als die geniale Revolte eines hochbegabten Wissenschafters gegen die Schlussfolgerungen der Theorien der Klassiker. Als Ausgangspunkt diente ihm das Modell von Ricardo. Allerdings fasste er – wie heute allgemein üblich – Kapitalbesitzer und Bodeneigentümer zusammen zur Klasse der Kapitalisten. Sie steht im alleinigen Besitze der Produktionsmittel. Wollen die Kapitalisten produzieren, so stellen sie dazu eine bestimmte Summe von Geldkapital C zur Verfügung. Dieses C zerfällt in das konstante Kapital c und das variable Kapital v : $c = c + v$. c dient dem Ankauf von Rohstoffen und Arbeitsmitteln (Werkzeuge, Maschinen usw.), während v für die Bezahlung der eingesetzten Arbeitskräfte zur Verfügung steht. Da das konstante Kapital nichts anderes als das Produkt früherer Arbeit ist und von Marx bezeichnend als «geronnene Arbeit» definiert wird, kann der Mehrwert m nur aus v entstehen. Der Mehrwert ist nichts anderes als die Differenz zwischen Produktionskosten und Verkaufserlös. Den Quotienten m/v nennt Marx die Mehrwertrate. Sie bezeichnet das Verhältnis von unbezahlter zu bezahlter Arbeit und ist Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Mit anderen Worten: Je grösser die Macht der Kapitalisten ist, desto grösser wird die Mehrwertrate – und desto kleiner werden die Löhne im Vergleich zu den Profiten sein. Da der technische Fortschritt dazu führe, so prognostizierte Marx, dass relativ mehr konstantes und relativ weniger variables Kapital eingesetzt werde, steige die in einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehende Lohnsumme weniger rasch, als die Arbeitsbevölkerung zunehme. Diese Erscheinung führe zur Bildung einer industriellen Reservearmee und zur zunehmenden Verelendung des Proletariats. Da sich im kapitalistischen System die Gegensätze zwischen Arm und Reich verschärfen, da nicht zuletzt auch kleine und mittlere Unternehmer durch die Konkurrenz der Grossunternehmen aus dem Markt geworfen werden und selbst ins Proletariat absinken, sagt Marx immer grössere und häufigere Wirtschaftskrisen voraus, die schliesslich den Zusammenbruch des Kapitalismus einleiten und in die Machtübernahme durch

die Arbeiter, in die Diktatur des Proletariats und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einmünden werden. Marx sieht somit die Lösung eines ökonomischen Problems auf politischer Ebene. Zweifellos hat er eine Theorie vorgetragen, die zu seiner Zeit eine beachtliche Leistung darstellte und ihm neben seinen epochalen Taten als Geschichtsphilosoph auch einen bedeutenden Platz in der Geschichte der Nationalökonomie gesichert hat. Diese Tatsache darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wirtschaftsgeschichte auch die meisten Theorien von Karl Marx widerlegt hat. Wie die Klassiker, so hat auch er die künftige Stellung des Konsums im Wirtschaftskreislauf vernachlässigt. Dass als Folge des technischen Fortschritts kapitalintensiver produziert werde, hat Marx richtig vorausgesehen, doch folgt daraus noch lange nicht, dass deswegen die Arbeitsbevölkerung rascher wachsen muss als die verfügbare Lohnsumme. Zudem hat Marx nicht voraussehen können, welche Bedeutung der Dienstleistungssektor in der modernen Volkswirtschaft einnehmen werde.

Moderne verteilungstheoretische Konzepte

wurden von den Wissenschaftlern seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in einer Vielfalt vorgetragen, die sogar für den Fachmann nur schwer überschaubar ist. Die meisten neueren Theorien lassen sich indessen auf den gleichen Ausgangspunkt zurückführen: das Kaldor-Modell, welches den Namen seines Schöpfers, des britischen Ökonomen N. Kaldor, trägt.

Kaldor geht davon aus, dass es in einer Volkswirtschaft nur zwei Einkommensarten gebe: Löhne und Gewinne.

Die Profitquote, d. h. der Anteil der Gewinne am Sozialprodukt, lässt sich anhand der folgenden Formel berechnen:

P	=	Gewinne
Y	=	Sozialprodukt
I	=	Investitionen
P/Y	=	Profitquote
I/Y	=	Investitionsquote (Anteil des Sozialprodukts, der für Investitionen aufgewendet wird)
sw	=	Sparquote der Lohnempfänger (Anteil des Lohnes, der gespart wird)
sc	=	Sparquote der Gewinnempfänger (Anteil der Gewinne, die gespart werden)

Aus der Kaldor-Formel können wir ablesen, dass die Profitquote – und damit die Einkommensverteilung – bestimmt wird durch die Investitionsquote und die Sparquoten der Lohn- und Gewinnempfänger. Aus ihr geht namentlich hervor, dass die Profitquote um so kleiner wird, je mehr die Lohnempfänger von ihrem Einkommen sparen. Obwohl sich die Dinge in

der wirtschaftlichen Wirklichkeit erheblich komplizierter präsentieren als in der stark vereinfachenden Modellwelt der Kaldor-Formel, haben modernste Untersuchungen gezeigt, dass die Lohnempfänger die Einkommensverteilung zu ihren Gunsten verbessern können, wenn sie mehr sparen. Die in Deutschland von Georg Leber propagierten Vermögensbildungsprogramme für Arbeitnehmer sind aufgrund analoger Überlegungen gestartet worden.

Es ist im Rahmen unserer Arbeit aus verschiedenen Gründen nicht möglich, die verschiedenen Wege zu verfolgen, die die Verteilungstheorie vom Kaldor-Modell ausgehend eingeschlagen hat. Nachstehend wollen wir versuchen, eine Inventarisierung der Begriffe vorzunehmen, die im Zusammenhang mit der Einkommensverteilung verwendet werden und jene Faktoren zu bestimmen, die die Verteilung beeinflussen.

Der Begriff der Einkommensverteilung selbst ist vielschichtig. Es gibt verschiedene Gesichtspunkte, unter denen die Einkommensverteilung gesehen und gedeutet werden kann. Der älteste ist wohl jener der *Funktionsverteilung*.

Dabei interessiert man sich um die Verteilung des Sozialproduktes auf die an seiner Entstehung beteiligten Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital). Als Mass der Funktionalverteilung wird die Lohnquote verwendet: Sie gibt an, welchen Anteil die Summe aller Arbeitnehmereinkommen am Sozialprodukt ausmacht. Man unterscheidet zwei Lohnquoten: die strukturbereinigte Lohnquote berücksichtigt Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur in Form eines Korrekturfaktors, während die unbereinigte Lohnquote lediglich auf die volkswirtschaftliche Lohnsumme abstellt.

Die Lohnquote ist ein äusserst problematischer Verteilungsindex, und man sollte sie nicht überbewerten. Gerade unterentwickelte Länder mit niedrigem Sozialprodukt haben aus ihrer Wirtschaftsstruktur hinaus eine hohe Lohnquote, trotzdem es den meisten Leuten ziemlich erbärmlich geht und einige wenige Kapitalisten unverhältnismässig hohe Einkommen beziehen. Die Lohnquote ist deshalb eher als Massstab für den Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft denn als zuverlässiger Verteilungsindex zu werten.

Der Aussagewert der Funktionalverteilung wird zudem noch durch weitere Faktoren begrenzt. Die meisten Unternehmen werden nicht mehr von Unternehmerkapitalisten, sondern von bezahlten Managern geleitet. Zahlreiche Arbeitnehmer beziehen überdies nicht nur Lohneinkommen, sondern verfügen auch über grössere und kleinere Vermögen, aus denen sie ebenfalls Einkommen beziehen. Das Gegenstück zur Funktionalverteilung bildet die *personelle Einkommensverteilung*: sie fragt einfach, wieviel Einkommen einer einzelnen Person oder einem Haushalt zufließt, unabhängig davon, ob dieses Einkommen aus Arbeit oder Kapital erzielt worden ist. In Staaten, die über eine gute Steuerstatistik verfügen, bietet die Ermittlung der Personalverteilung gewöhnlich keine allzu grossen Schwierigkeiten.

Als zuverlässiger Indikator der personellen Einkommensverteilung hat sich die sogenannte Lorenz-Kurve erwiesen: sie setzt die Zahl der Einkommensempfänger in Beziehung zu ihrem relativen Anteil am Sozialprodukt. Aus ihr kann man beispielsweise ablesen, wieviel Prozent des Sozialproduktes die 5 Prozent am besten verdienenden Einkommensempfänger einer Volkswirtschaft verdienen.

Eine dritte Möglichkeit der Verteilungsanalyse beruht auf soziologischen Kriterien: wenn man nach der *Gruppenverteilung* fragt, will man beispielsweise wissen, wieviel Prozent des Sozialproduktes auf ungelernte, angelernte, hochqualifizierte Arbeitnehmer entfallen, wie gross der Einkommensanteil der Manager ist usw. Dieser Ansatz ist hauptsächlich vom bildungsökonomischen Standpunkt her interessant.

Macht oder ökonomisches Gesetz?

fragt der österreichische Ökonom Böhm-Bawerk in einem Aufsatz, der sich kritisch mit der Theorie Tugan-Baranowskijs auseinandersetzt, die Einkommensverteilung sei allein durch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse bestimmt. Böhm-Bawerk glaubt dagegen, dass die Einkommensverteilung in erster Linie Ausdruck ökonomischer Kräfte und Gesetze sei.

Heute müssen wir uns im Grunde genommen sagen, dass diese Frage falsch gestellt war. Bezüglich der Einkommensverteilung kann sie nicht lauten: Macht *oder* ökonomisches Gesetz, sondern: Macht *und* ökonomisches Gesetz.

Zweifellos spielen bei der Einkommensverteilung Machtfaktoren eine Rolle. Von der durchschnittlichen Unternehmensgrösse und vom Grad der Monopolisierung einerseits und von der Stärke der Gewerkschaften andererseits wird die Höhe der Reallöhne zweifellos mitbeeinflusst, doch äussert sich diese Macht fast immer über den Organismus des Wirtschaftskreislaufes. Als sehr bedeutende Determinante der persönlichen Einkommensverteilung möchten wir die *Bildung* bezeichnen. Je besser ein Mensch ausgebildet ist, desto höher wird in der Regel sein Einkommen sein.

Auf die Bedeutung der *Vermögensverteilung* für die Einkommensverteilung hat in jüngster Zeit namentlich der englische Ökonom James E. Meade hingewiesen. Er unterstellt, dass in Zukunft dank des arbeitssparenden technischen Fortschritts immer kapitalintensiver produziert werde, was ein im Vergleich zur Arbeitsbevölkerung rascheres Wachstum des Kapitalstocks voraussetzt. Dies könne nun zu einer tendenziellen Steigerung der Profitquote führen. Aus diesem Grund werde der Vermögensbesitz für eine immer grössere Zahl von Leuten zu einer Existenzfrage, gehe es doch darum, den Ausfall an Arbeitseinkommen durch zusätzliche Vermögenseinkommen wettzumachen. Meade möchte mit seiner Theorie vor allem dazu beitragen, die Gefahr der technologischen Arbeitslosigkeit zu überwinden. Zudem – und dieses Argument wird von gewerkschaftlicher Seite immer wieder zu recht vorgebracht – ermöglicht der Besitz eines kleinen Vermö-

gens, vorübergehende Arbeitslosigkeit zu überbrücken, ohne dass der Betroffene gezwungen wäre, zu jeden Bedingungen zu arbeiten.

Primär- und Sekundärverteilung

Bis jetzt haben wir noch nicht von Mitteln gesprochen, die dem Staat offenstehen, um die Einkommensverteilung zu beeinflussen. Dieser Möglichkeit trägt der Ökonom jedoch Rechnung, indem er zwischen einer primären und einer sekundären Verteilung unterscheidet. Als primär bezeichnet man die Verteilung, wie sie sich unmittelbar aus dem volkswirtschaftlichen Leistungsprozess ergibt, während die Sekundärverteilung zeigt, wie sich die staatliche Steuerpolitik und die Prämien und Leistungen der staatlichen und privaten sozialpolitischen Gesichtspunkt aus steht deshalb die Sekundärverteilung im Vordergrund. Die Sekundärverteilung wird sich in der Regel als gleichmässiger erweisen als die Primärverteilung, kennen doch die meisten Staaten ein progressives Steuersystem und Sozialversicherungsinstitutionen, die auf dem Solidaritätsprinzip aufgebaut sind.

Georg Scheuer

Frühjahrsoffensive der CGT

Neue Methoden im Tauziehen zwischen den Sozialpartnern in Frankreich

Ein ungewöhnlicher Vorgang schlägt gegenwärtig in Frankreich Wellen: die kommunistisch gelenkte CGT, der relativ stärkste Gewerkschaftsbund, veranstaltete letzthin unter den Elektrizitätsarbeitern eine «Volksabstimmung» über sogenannte «Contrats de Progrès (Fortschrittsverträge)».

Sie erzielte dabei einen prozentualen Erfolg: ungefähr 60% der befragten Arbeitnehmer der E-Werke lehnten die von Regierung und Werksdirektion vorgeschlagenen Verträge ab.

Diese besondere Art von langfristigen Kollektivverträgen wurde bereits von Vertretern der Regierung, der Arbeiter und kleineren Gewerkschaften unterzeichnet und soll, wie Premierminister Chaban-Delmas mehrmals ausführte, die Schaffung einer «Neuen Gesellschaftsordnung» ermöglichen, in welcher es keinen Klassenkampf und auch nicht mehr die in Frankreich häufigen Lohnstreiks geben dürfte, sondern eine Art Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, vorausgesetzt, dass die betreffenden Grossbetriebe tat-